

hinterGRÜNde

Grüne Infos aus dem Thüringer Landtag

Ausgabe 03/2022



WIR STEHEN ZUSAMMEN. Aus GRÜNden.



9-EURO-TICKET

Eine kurze Bilanz
des „Feldversuchs“

3

ENERGIE

Faktencheck und
Interview mit Klaus Müller

6/7

INNENPOLITIK

Unser Einsatz für eine
moderne Polizei in Thüringen

8



Liebe Leserinnen und Leser,

der anhaltende Angriffskrieg Putins auf die Ukraine, die damit einhergehende Energiepreiskrise, der Klimawandel und die andauernde Pandemie bestimmen auch in Thüringen unsere Agenda. Es ist keine einfache Zeit. Wir verstehen die Sorgen vieler Menschen und nehmen diese ernst. Wir alle stehen vor enormen Herausforderungen und es bleibt zentral, dass wir nur gemeinsam und solidarisch gut durch diese Zeit kommen. Die Bewältigung der akuten Krisen nimmt momentan einen Großteil unserer politischen Arbeit ein. Gleichzeitig befinden wir uns mitten in den Verhandlungen um den Landeshaushalt 2023, die aufgrund der Besonderheit der Minderheitsregierung und der schwierigen wirtschaftlichen Situation in diesem Jahr erneut nicht einfach werden. Wir setzen dabei unseren Fokus auf gute Bildung, Demokratie, Integration und den Ausbau der Erneuerbaren sowie Klimaschutz und kämpfen dafür, uns wichtige grüne Anliegen auch finanziell zu untersetzen.

Wenn uns diese Energiepreiskrise eines lehrt, dann wie falsch es war, uns so abhängig von fossilen Energieträgern und insbesondere russischem Gas zu machen. Es gilt, nun erst recht, den Ausbau der erneuerbaren Energien auch in Thüringen konsequent voranzutreiben, auch um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen. Dem so wichtigen Thema Energie widmet sich daher die Doppelseite dieser Ausgabe. Neben einem großen Faktencheck rund um Fragen, die Bürger*innen momentan beschäftigen, gibt Klaus Müller, Präsident der Bundesnetzagentur, wichtige Antworten zur aktuellen Gas- und Stromsituation.

Im Beitrag unseres wirtschaftspolitischen Sprechers Olaf geht es ebenfalls um das Thema Energie – und zwar in einer sehr speziellen Thüringer Branche: Der Glasindustrie. Diese war über lange Zeit abhängig von fossilen Energie-

trägern und ist deshalb besonders auf Unterstützung, auch bei der Umstellung auf die Nutzung von erneuerbaren Energien, angewiesen.

In Hinsicht auf den schrecklichen Krieg in der Ukraine und den Menschen, die in Deutschland unseren Schutz suchen, rücken andere humanitäre Krisen leider momentan in den Hintergrund. Nach der Machtergreifung der Taliban in Afghanistan hat sich dort die Situation dramatisch verschärft. Ortskräfte, die für die Bundesregierung gearbeitet haben, gerieten schnell in den Fokus der Taliban und es galt und gilt, sie zu schützen und diese Menschen und ihre Familien zu uns zu holen. Wir sind sehr dankbar, dass das lang geplante Landesaufnahmeprogramm nun in Thüringen umgesetzt werden kann, auch wenn die Hürden der Aufnahme hoch sind. Wir haben es lange gefordert und unterstützen es weiter, um die Afghan*innen in Sicherheit zu bringen.

Weitere Themen dieser Ausgabe widmen sich der erfolgreichen Bilanz des 9-Euro-Tickets, den Herausforderungen der Krankenhausplanung in Thüringen sowie der Polizei und wie wir diese modern, bürger*innennah und diskriminierungsfrei gestalten wollen. Zudem geben wir einen Rückblick auf die Veranstaltungen des vergangenen Jahres und freuen uns auf all diejenigen, die im nächsten Jahr folgen werden. Natürlich informieren wir euch darüber rechtzeitig auf unserer Website und über unsere Social-Media-Kanäle.

Wir wünschen Euch viel Spaß beim Lesen und eine erholsame Weihnachtszeit sowie einen guten Start ins neue Jahr!

Astrid Rothe-Beinlich

**Eure Astrid Rothe-Beinlich,
Fraktionsvorsitzende**



Inhalt

Editorial	2
Eine kurze Bilanz des „Feldversuchs“ 9-Euro-Ticket ..	3
Glasindustrie in Thüringen?!	4
Unsicheres Afghanistan	5
Für eine Fortführung der Sprach- und Vielfaltkitas	5

Der große Energie-Faktencheck	6
Interview mit Klaus Müller	7
Unser Einsatz für eine moderne Polizei	8
Herausforderungen der Krankenhausplanung	9
Unsere Veranstaltungen 2022	10
Abgeordnete und Mitarbeiter*innen der Fraktion ...	11
Parlamentarische Beratung	12

EINE KURZE BILANZ DES „FELDVERSUCHS“



Das 9-Euro-Ticket war der populärste Erfolg des zweiten Entlastungspakets. Aus dem größten verkehrspolitischen „Feldversuch“ im bundesweiten öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), seit dem Bestehen der Bundesrepublik, lassen sich für die Mobilitätswende spannende Erkenntnisse ziehen.

Wir haben uns daher die wichtigsten Erkenntnisse aus der umfangreichen Auswertung des Verbands Deutscher Verkehrsunternehmen und der DB zum 9-Euro-Ticket genauer angeschaut.

Die repräsentative Marktforschungsstudie mit mehr als 78.000 Befragten hat gezeigt, dass in den drei Sommermonaten rund 30 Mio. Menschen (inkl. Abonnent*innen) pro Monat das 9-Euro-Ticket nutzten. Von diesen fährt jede*r Dritte normalerweise nie oder nur seltener als einmal im Monat mit dem ÖPNV. Durch das Ticket konnten also Menschen (wieder) neu für Bus und Bahn begeistert werden. Hauptgründe für den Kauf des 9-Euro-Tickets waren für die meisten Menschen vor allem der Preis sowie die einfach verständliche und flexible Nutzung.

Das Ticket wurde für Fahrten zum Einkaufen, für Arztbesuche, für den Besuch von Freund*innen und Familie, für den Weg zur Arbeit, Schule oder Ausbildungsstätte, für Ausflugsfahrten und Städtereisen, für kurze und lange Strecken – kurz für alle alltäglichen und besonderen Wege, die im Laufe eines Monats anfallen, genutzt. Und die gute Nachricht für das Klima: Jede zehnte Fahrt mit dem 9-Euro-Ticket ersetzte eine Autofahrt. Daraus lässt sich eine Reduktion der Klimagase im Aktionszeitraum um 1,8 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalente ableiten.

Doch so positiv die bundesweiten Zahlen sind, zeigten sich bei der Zufriedenheit mit dem Ticket große Unterschiede zwischen Stadt und Land: im kleinstädtischen und dörflichen Raum herrschte die geringste Zufriedenheit.

Wegen zu umständlichen und zu seltenen Verbindungen, langen Fahrtdauern und weiten Entfernungen zur Haltestelle wurde das 9-Euro-Ticket hier vielfach gar nicht erst gekauft. Und nicht nur im ländlichen Raum, überall wünschten (und wünschen!) sich die Menschen vor allem ein besseres Angebot und bessere Qualität vom ÖPNV, um schnell, nahtlos und störungsfrei von A nach B zu kommen.

Der „Feldversuch“ hat eindrücklich vor Augen geführt, was wir Bündnisgrüne schon lange fordern: Es muss endlich massiv in das Schienennetz sowie in den Ausbau des Bus- und Bahnangebots investiert werden. Zusätzlich müssen die Verkehrsunternehmen finanziell in die Lage versetzt werden, die gestiegenen Personal- und Energiekosten abzubilden. Deshalb gab es in den letzten Monaten zurecht großen Druck, dass die Regionalisierungsmittel des Bundes endlich, wie im Koalitionsvertrag der Ampel vereinbart, erhöht werden.

Gleichzeitig sehen wir den Bedarf, dass endlich auch Thüringen seine finanzielle Verantwortung stärker wahrnimmt und mit Landesmitteln für ein gutes

ÖPNV-Angebot in Stadt und Land sorgt. Damit könnte z. B. die Mobilitätsgarantie endlich Wirklichkeit und Menschen überall in Thüringen ein gutes Angebot gemacht werden.



REDUKTION
der Klimagase
im Aktionszeitraum
1,8 Mio. Tonnen CO₂





GLASINDUSTRIE IN THÜRINGEN?!



Nur wenigen Menschen dürfte die Thüringer Glasindustrie bekannt sein. Mit dem Angriffskrieg Putins auf die Ukraine und der gestoppten Lieferung von Erdgas aus Russland erreichten uns Meldungen wie „Reicht das Gas noch fürs Thüringer Glas?“ oder „Strom statt Gas für die Glasindustrie“.

Doch wer oder was ist die Thüringer Glasindustrie?

In Thüringen wurde bereits im 18. Jahrhundert Glas erzeugt. Entscheidend für die Ansiedlung von Glashütten ist das Vorhandensein von Rohstoffen zur Glasherstellung und der Zugriff auf Energie. Beides gab es im Thüringer Wald in ausreichender Menge und Qualität.

Bis zum Ende des zweiten Weltkrieges gab es in Thüringen eine breit aufgestellte Glasindustrie, die von Fieberthermometern bis hin zu Schmuckgläsern die unterschiedlichsten End- aber auch Vorprodukte herstellte. Noch bis 1969 wurden viele Betriebe selbstständig weitergeführt. Durch die 1969 erfolgte Gründung des Kombinates für Technisches Glas Ilmenau wurden die wirtschaftlichen Aktivitäten konzentriert. Nach der Wende erfolgte die Auflösung des Kombinates. Durch Rückführungen, Privatisierungen und Neugründungen entstand erneut eine innovative und international wettbewerbsfähige Glasindustrie.

Nachdem vom Primär-Energieträger Holz auf Kohle und schweres Heizöl gewechselt wurde, erfolgte in den zurückliegenden Jahrzehnten der Wechsel auf preiswertes Erdgas.

Doch die seit dem vergangenen Herbst steigenden Erdgaspreise stellten die Glasindustrie vor große Herausforderungen. Mit Beginn des Krieges in der Ukraine stieg der Preis für Erdgas sprunghaft und dramatisch an.

In Gesprächen mit Vertreter*innen der Thüringer Glasindustrie wurde uns die Dramatik und die zu erwartenden Folgen der immer weiter steigenden Preise deutlich geschildert. Im Grunde würde es ohne Unterstützung zu Produktionseinstellungen kommen und auf Betriebsschließungen hinauslaufen. Mittelfristig soll aber auch die Glasindustrie dekarbonisiert werden. Das bedeutet die Umstellung auf Strom oder grünen Wasserstoff. Doch bis dahin ist der Weiterbetrieb auf Erdgas- oder Erdölbasis zu sichern. Für die Umstellung werden bereits jetzt die erforderlichen Genehmigungen durch das Umweltministerium erteilt.

Jenseits dieser akuten Hilfestellungen bedarf es einer Strategie zum Einsatz regional erzeugter erneuerbarer Energien. Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist für unsere Thüringer Wirtschaft, nicht nur die Glasindustrie, sondern auch weitere Wirtschaftszweige, unabdingbar. Mit dem Anfang November vom Bundesverfassungsgericht veröffentlichten Beschluss ist das ausnahmslose Verbot von Windenergieanlagen im Wald für nichtig erklärt worden. Mit dem Beschluss wurde klargestellt, dass die Nutzung der Windenergie einen faktisch unverzichtbaren Beitrag zu Klimaschutz darstellt. Gerade in Thüringen, wo 34 Prozent der Landesfläche mit Wald bedeckt sind, ist es für die Erreichung der Klimaziele zwingend notwendig, Forstflächen für die Windenergie zu nutzen. Nun müssen FDP und CDU ihre ideologische Blockadehaltung zum Ausbau von Windkraft im Thüringer Wald endlich aufgeben.



UNSICHERES AFGHANISTAN



Seit mehr als 30 Jahren sind Millionen Afghan*innen wegen bewaffneter Konflikte auf der Flucht. Afghanistan ist nicht sicher – das ist spätestens seit der Machtübernahme der Taliban im August 2021 unübersehbar. Während des Afghanistan-Einsatzes kooperierten Bundeswehr und Bundesministerien mit Afghan*innen vor Ort.

Aufgrund ihres Einsatzes für Frieden und Demokratie werden sie nun von den Taliban bedroht und verfolgt, sodass sie unseren Schutz benötigen. Die Ortskräfte und besonders schutzbedürftige Personen erhalten Aufnahmezusagen und so befristete Aufenthaltserlaubnisse. Auf diesem Wege wurden 2021 in Thüringen 281 Afghan*innen aufgenommen. Trotzdem besteht auch darüber hinaus Aufnahmebedarf, weshalb wir uns weiterhin für eine menschenrechtsorientierte Integrationspolitik einsetzen. Zudem werden aktuell Angehörige der Hazara von den Taliban gezielt verfolgt und getötet. Die Islamisten verachten ihre Glaubensrichtung und den Einsatz für Demokratie und Bildung. Anhaltende Terroranschläge vor Ort versetzen die in Thüringen lebenden Hazara in größte Sorge, die wir teilen.

707 Asyl-Erstanträge afghanischer Geflüchteter wurden 2021 gestellt, Tendenz steigend. Wir sind sehr dankbar, dass das lang geplante Landesaufnahmeprogramm nun in Thüringen umgesetzt werden kann, auch wenn die Hürden der Aufnahme hoch sind. Wir haben es lange gefordert und unterstützen es weiter, um die Afghan*innen in Sicherheit zu bringen.



Für eine Fortführung der Sprach- und Vielfaltkitas

Die mühsam aufgebauten Strukturen der Sprach-Kitas drohen nach dem angekündigten Ende der Bundesfinanzierung ab 2023 wegzubrechen. Auch bei uns war es zunächst unklar, wie es mit den zusätzlichen Stellen für Sprachbildung, Inklusion und Sozialraumarbeit der Kindergärten weitergeht. Auf unsere grüne Initiative hin wird in den Haushaltsverhandlungen nun eine Fortführung der Sprach-Kitas sowie des ebenfalls 2023 auslaufenden Modellvorhaben „Vielfalt vor Ort begegnen“ beraten. SPD und LINKE haben bereits Zustimmung signalisiert. Wir setzen nun ebenfalls auf Zustimmung bei CDU und FDP. Aus unserer Sicht ist jedenfalls klar, dass es eine Weiterführung der Programme bis mindestens 2025 geben muss.



DER GROSSE ENERGIE-FAKTE NCHECK



Ist ein Blackout wahrscheinlich? Muss die Laufzeit von AKWs verlängert werden? Und was macht die Landesregierung zur Abmilderung der Energiekrise? Viele Fragen rund um das Thema Energie beschäftigen zurzeit die Bevölkerung. Unser Faktencheck gibt auf die aktuellsten Fragen kurz und knapp Antwort. Auch Klaus Müller, Präsident der Bundesnetzagentur, gab uns am 18.10.2022 einige Antworten.

Müssen wir Angst vor einem Blackout haben?

wie die AfD greifen diese Befürchtungen auf und versuchen diese mit Blackout-Szenarien negativ zu verstärken. Es wird suggeriert, dass – auch mit den steigenden Erneuerbaren-Anteilen – ein Zusammenbruch der Stromnetze sowie langandauernde und großflächige Stromausfälle drohen. Dem kann entgegengehalten werden, dass sich die Versorgungssicherheit, „trotz“ des Ausbaus der erneuerbaren Energien auf mittlerweile 50 Prozent, nicht verschlechtert hat.

Müssen die Laufzeiten von AKWs verlängert werden?

Die durch den Ausfall der NordStream-Pipelines fehlenden Gasmengen bei der Verstromung werden durch das Zurückholen von Kohlekraftwerken aus der Reserve und durch die Inbetriebnahme von LNG-Terminals kompensiert. AKW-Erzeugungskapazitäten werden dazu nicht gebraucht. Dies hat der Stresstest zur Sicherung der Stromnetz-Stabilität ergeben. Von den 998 Terrawattstunden Erdgas-Gesamtverbrauch in Deutschland könnten nur 0,9 Terrawattstunden durch den Weiterbe-

trieb der drei Kernkraftwerke ersetzt werden. Dies entspricht also gerade mal einem Promille des deutschen Gasverbrauchs. Da es in einem Extremszenario in diesem Winter zu Netzstabilitätsproblemen in Süddeutschland kommen kann und die AKWs in diesem Szenario einen Beitrag zur Stabilisierung des Stromnetzes leisten können, hat die Bundesregierung entschieden diese Kraftwerke noch längstens bis zum 15. April nächsten Jahres im Streckbetrieb laufen zu lassen.

Hilfen der Landesregierung – Sondervermögen zur Abmilderung der Energiekrise

Im Oktober 2022 hat der Thüringer Landtag ein Gesetz verabschiedet, welches ein Sondervermögen zur Abmilderung der Energiekrise umfasst und den Thüringer Bürger*innen helfen soll. Dieses Sondervermögen ist ein Zusatz zum Haushalt, welches sowohl finanziell als auch zeitlich darüber hinausgeht. Das Sondervermögen läuft bis Ende 2025 und umfasst über 407 Millionen Euro. Verwendet werden soll es unter anderem für die Unterstützung privater Haushalte, Unternehmen, damit diese zahlungsfähig bleiben, für die Unterstützung von Vereinen, freien Trägern sowie weiteren Organisationen und Einrichtungen aus den Bereichen Sport, Kultur, Erwachsenenbildung und Soziales.



Interview mit Klaus Müller, Präsident der Bundesnetzagentur

Die Gasversorgung ist ein Thema, das viele Bürger*innen derzeit umtreibt. Die Lage ist angespannt, die Versorgung ist momentan jedoch stabil und die Gasfüllstände liegen derzeit bei über 95 Prozent.

Klaus Müller: Das ist richtig. Es ist uns gelungen, die Gasspeicher noch vor der vorgegebenen Frist zu füllen. Das ist ein großer Erfolg und beruhigt mich auch selber. Dennoch teile ich die Sorge der Bürger*innen angesichts des kommenden Winters. Um eine Gasmangellage zu vermeiden, sind Anstrengungen nötig. Inzwischen haben wir andere Gasquellen aufgetan. Es wird über Frankreich geliefert, außerdem nach wie vor auch aus Norwegen, über Belgien und die Niederlande. Mit Hilfe der wahrscheinlich drei LNG-Terminals, die um die Jahreswende betriebsbereit sind, bekommen wir zusätzlich Gas über das Meer. All das hilft. Dennoch wird viel davon abhängen, wie kalt die kommenden Monate werden und wieviel Gas verheizt wird. Es hilft nichts: Wir müssen sparen.

Reichen die derzeitigen Füllstände, um sicher durch diesen Winter zu kommen bzw. wie lange wird das Gas aus den derzeitigen Füllständen voraussichtlich reichen?

K. M.: Das ist schwer vorherzusagen. Wir beobachten die Gasverbräuche sehr genau und veröffentlichen auch die Zahlen dazu einmal in der Woche. An ihnen sieht man, wie stark der Verbrauch von den Außentemperaturen abhängt. Wird es ein durchschnittlich kalter Winter, könnte das Gas aus den Speichern rein mengenmäßig etwa zwei Monate reichen. Das ist ganz klar nicht der ganze Winter.

Wie viel Gas muss eingespart werden, um sicher durch den Winter zu kommen?

K. M.: Mindestens zwanzig Prozent bis zum Frühjahr. Das gilt für die Industrie und Gewerbe, aber auch für die privaten Haushalte, die Kommunen und die öffentliche Verwaltung. Es ist ein gemeinsamer Kraftakt, der am Ende allen nutzt.

Inwiefern haben die Pipelines Nord Stream 1 und 2 Auswirkungen auf die Gasversorgung in Deutschland?

K. M.: Gar keine mehr. Aus beiden Pipelines floss schon vor den Explosionen kein Gas mehr nach Deutschland. Wir stützen uns bei unserer Planung nur auf die Szenarien, in denen kein russisches Gas mehr in Deutschland ankommt.

Auch die Debatte rund um den Weiterbetrieb der AKWs in Deutschland wurde und wird kontrovers in unserer Gesellschaft diskutiert. Werden die AKWs wirklich gebraucht, um das Stromübertragungsnetz zu sichern und Blackouts zu vermeiden?

K. M.: Die klar begrenzte Weiternutzung der Atomkraftwerke, ein ambitioniertes Energieeffizienzgesetz, der Kohleausstieg in Westdeutschland bis 2030 und Gaskraftwerke, die auf Wasserstoffnutzung vorbereitet sind – das ist insgesamt ein kluger Kompromiss für die Versorgungssicherheit. Vor allem müssen jetzt alle Kräfte auf den Ausbau der Erneuerbaren Energie und den Netzausbau gerichtet werden.

Für das Gelingen der Energiewende ist auch ein Ausbau der Stromnetze notwendig. Mit dem Suedlink und dem Suedostlink ist Thüringen beim Ausbau des Übertragungsnetzes besonders betroffen. Werden diese Trassen zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit gebraucht?

K. M.: Wir wollen Kohle- und Atomstrom durch Wind- und Solarenergie ersetzen. Die müssen wir im Land verteilen. Die Energiewende und der Netzausbau gehen deswegen Hand in Hand. Konkret geht es ja darum, die Energie vom windreichen Norden in den Westen und Süden des Landes zu transportieren. Das sollten wir uns immer vor Augen halten. Wir prüfen regelmäßig, welche neuen Leitungen gebraucht werden. Ich kann die Bedenken gegen die Planungen nachvollziehen. Schließlich geht es hier um Eingriffe in die Landschaft. Deshalb gehört zum Prozess auch, dass sich Bürger*innen, Politik und Unternehmen begegnen, sich gegenseitig zuhören, Kompromisse und Vorschläge austauschen. Hier liegt eine Stärke unserer Demokratie. Und ja: Wir brauchen die Trassen, um die Versorgungssicherheit ohne fossile Energien zu gewährleisten und wir brauchen sie so schnell wie möglich.

UNSER EINSATZ FÜR EINE MODERNE POLIZEI



Am 21. Juni 2022 fand im Landtag der erste bündnisgrüne Polizeikongress Thüringens statt. Einen Tag lang diskutierten wir gemeinsam mit Polizeigrün e.V., der LAG Innenpolitik und zahlreichen Expert*innen darüber, wie wir eine moderne, diskriminierungsfreie und

bürger*innennahe Polizei in Thüringen fördern können.

Über die Ergebnisse unseres **Polizeikongresses** haben wir detailliert auf unserer Website berichtet:



Der Kongress sollte natürlich nicht nur der Vernetzung und dem Austausch dienen, sondern Anregungen für unsere politische Arbeit im Thüringer Landtag liefern. Es wurden drei zentrale Handlungsfelder herausgearbeitet: Die Stärkung der Aus- und Fortbildung, die Stärkung der Polizeivertrauensstelle sowie eine verbesserte Führungskultur einhergehend mit stärkerem Austausch mit der Zivilgesellschaft.



Einladende Expert*innen zum grünen Polizeikongress.

Aus- und Fortbildung

Langfristig streben wir eine Polizeihochschule in einem attraktiven Umfeld mit Professuren und größtmöglicher Unabhängigkeit an. Die Umsetzung dieses Fernziels mit den derzeitigen Mehrheitsverhältnissen ist jedoch schwierig, weshalb wir uns auf die personelle Stärkung des Bildungszentrums der Polizei fokussieren, um das Lehrpersonal zu entlasten. Des Weiteren wollen wir die Forschung stärken und dafür sorgen, dass Fortbildungen wieder vermehrt stattfinden können. Lebenslanges Lernen, das Reflektieren sowie die Erforschung der alltäglichen Polizeiarbeit sind besonders wichtig, um eine moderne und bürger*innennahe Polizei sicherzustellen.

Polizeivertrauensstelle

Nach ihrer Einrichtung unter Rot-Rot-Grün hat sich die Polizeivertrauensstelle mit ihren Mitarbeitenden schnell etabliert und ist eine wichtige Anlaufstelle für Beschwerden oder Nachfragen von Bürger*innen geworden. Doch mittlerweile kümmern sich die Beschäftigten der Vertrauensstelle auch verstärkt um Vernetzungsarbeit, insbesondere zu zivilgesellschaftlichen Initiativen, um das gegenseitige Verständnis und Vertrauen zu stärken. Mit den derzeit zur Verfügung stehenden personellen Ressourcen ist dies aber kaum leistbar. Zudem soll die Polizeivertrauensstelle ebenfalls Ansprechpartner*in für Polizeibeamt*innen werden. Deshalb setzen wir uns in den Haushaltsverhandlungen für mehr Personal ein. Unser langfristiges Ziel ist eine unabhängige Polizeivertrauens- und Beschwerdestelle, die auch eigene Ermittlungskompetenzen hat.

Mit diesen beiden oben genannten Themenfeldern kann auch der dritte Schwerpunkt, den der Kongress herausgearbeitet hat, bearbeitet werden:

Die Verbesserung der Führungs- und Fehlerkultur in der Polizei,

insbesondere im Hinblick auf diskriminierende Verhaltensweisen.

Doch wir begreifen dies auch als permanente Aufgabe und versuchen so mit allen Maßnahmen, die wir in der Innenpolitik ergreifen, die Verbesserung selbiger zu erreichen, zum Beispiel beim Thema BodyCam.

HERAUSFORDERUNGEN DER KRANKENHAUSPLANUNG



Die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit leistungsfähigen Krankenhäusern ist eine verfassungsrechtlich vorgegebene Aufgabe im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wenn sich – wie in Thüringen – wesentliche Bedarfe, Faktoren und Voraussetzungen ändern, ist es

an den Bundesländern, darauf zu reagieren.

In Thüringen ist der 8. Thüringer Krankenhausplan in Arbeit, soll spätestens 2024 fertiggestellt sein und Anwendung finden. Weil eine gute medizinische Versorgung aber viele Angebote der Gesundheitsvorsorge neu verknüpfen muss, muss die neue Krankenhausplanung das gesamte Gesundheitssystem mitdenken.



In Thüringen gibt es

43 Krankenhäuser mit ca. 15.548 Krankenhausbetten. Dies entspricht ca. 730 Betten pro 100.000 Einwohner.



(Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik)

Die künftigen Versorgungsstrukturen müssen an die medizinischen Bedürfnisse der Menschen angepasst werden. Dazu braucht es eine Neuausrichtung, die eine hohe Versorgungsqualität mit dem sinnvollen und effizienten Einsatz finanzieller Mittel verbindet. Das geht nur mit einem mutigen Strukturwandel. Oberste Prämisse muss die flächendeckende Versorgung unter der Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden personellen und sächlichen Ressourcen sein.

Medizinische Strukturen müssen sich stärker an der Demografie, dem medizinischen Fortschritt und an der Topografie ausrichten. Das heißt auch mehr Kooperation und Vernetzung zwischen den verschiedenen Gesundheitseinrichtungen und -berufen.

In meinem Fachgespräch im Frühjahr „Zukunft der Gesundheitsversorgung in Thüringen“ haben wir über sinnvolle Lösungen zur Sicherung der flächendeckenden und passgenauen Versorgung in Thüringen diskutiert.



Angesichts der demografischen Entwicklung in Thüringen brauchen wir ein für alle gut zugängliches, gut erreichbares und gut ausgestattetes Gesundheitswesen – auf dem Land und in der Stadt. Für mich ist eine gute und gerechte Gesundheitsversorgung eine wesentliche Grundlage für die soziale und chancengerechte Gesellschaft: Alle Menschen in Thüringen müssen sich in den nächsten Jahr(zehnt)en darauf verlassen können, dass sie immer und überall Zugang zu einer qualitativ hochwertigen und bedarfsgerechten Versorgung haben.

Das Gesundheitssystem neu denken heißt nicht nur die Neuorganisation von bestimmten planbaren medizinischen Leistungen in Kliniken, sondern bedeutet auch den Aufbau regionaler Gesundheitszentren für die Versorgung im ländlichen Raum und den Ausbau der Telemedizin. Diese Reformen müssen in der aktuellen Legislaturperiode angegangen werden. Für den Notfall muss überall in Thüringen die schnelle fachgerechte wohnortnahe medizinische Versorgung gesichert sein. Routinemäßige bzw. planbare Eingriffe aber müssen dorthin, wo ausgewiesene medizinische wie fachliche Qualität und eine hochwertige apparative Ausstattung zur Verfügung stehen.

Potentiale im Gesundheitswesen:

- Prävention
- Neue Technologien (Telemedizin, Digitalisierung)
- Interprofessionelle Zusammenarbeit Krankenhaus und Pflege
- Zentralisierung gewisser Leistungen unter Berücksichtigung der Erreichbarkeit
- Sektorenübergreifende Versorgung und Ambulantisierung als Komplexaufgabe

Dieses Jahr haben wir genutzt, um Menschen in verschiedenen Veranstaltungen zu unterschiedlichsten Themen zusammenzubringen, zu vernetzen und Raum für Diskussion zu schaffen.

Alle Berichte zu unseren Veranstaltungen findet ihr auf unserer Website.

www.gruene-thl.de/in-aktion



04.22

Im April fand zunächst unser **Fachgespräch zu einem Thüringer Agrarstrukturgesetz** statt.

Gemeinsam mit Vertreter*innen der rot-rot-grünen Koalition, des Thüringer Bauernverbands und der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft wurden die Vor- und Nachteile eines solchen Gesetzes debattiert. Ziel war und ist es, noch in dieser Legislatur ein Agrarstrukturgesetz vorzulegen.

05.22

Im Mai fand unser **Fachkongress zum Thema Häusliche Gewalt** statt. Dort wurden die

Maßnahmen unseres Fraktionspapiers mit den thematischen Schwerpunkten Justiz, Opferschutz und Frauenhäuser sowie Präventiver Gewaltschutz und Täter*innenprävention aus Sicht von Expert*innen aus der Praxis beleuchtet und diskutiert.

06.22

Im Juni luden wir zu einem **Fachgespräch zur Zukunft der Gesundheitsversorgung in Thüringen** ein. Dort wurde deutlich, dass alle

Teilnehmer*innen das gleiche Ziel verfolgen: eine gute und flächendeckende Gesundheitsversorgung in Thüringen. Den Bitten des Publikums, weitere Veranstaltungen zu diesem Thema zu organisieren, wird Babette gern nachkommen.

09.22

Highlight des Jahres war unser **Jahresempfang** am 1. September. Spannende Gespräche, ein gefüllter Plenarsaal, anregende Inputvorträge von Prof. Dr. Cornelia Betsch (Universität Erfurt) sowie Michael Bloss (MdEP der Grünen/EFA und Klimaaktivist) und eine ausgelassene Stimmung bis in die Nacht hinein ließen den Abend zu etwas ganz Besonderem werden.

09.22

Unsere **europapolitische Veranstaltung** im September thematisierte den Bericht zur Konferenz zur Zukunft Europas. Die Teilnehmenden konnten feststellen, dass die Vorschläge und Maßnahmen der europäischen Bürger*innen sich mit vielen Themen, die wir Bündnisgrüne seit Jahren verfolgen, decken. Die Veranstaltung machte einmal mehr klar, dass die Herausforderungen unserer Zeit nur europapolitisch gelöst werden können.



10.22

Der **Infotag „Mafia“** im Oktober stellte die Arbeit des Untersuchungsausschusses der breiten Öffentlichkeit vor. Es flossen Perspektiven aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft zur Mafia und der Organisierten Kriminalität ein. Die eingeladenen Referent*innen haben die Probleme und mögliche Ansätze zur Verbesserung der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität aufgezeigt. Die Veranstaltung sollte Mut machen – im Kampf gegen die Organisierte Kriminalität sowie Möglichkeit zur Vernetzung geben.

11.22

Der **Kongress zur Verfassungspolitik** im November stellte den Abschluss unserer Veranstaltungsreihe dieses Jahres. Dabei diskutierten wir darüber, welche Chancen Landesverfassungen bieten und wie Bürger*innenbeteiligung aussehen kann.



DIE ABGEORDNETEN DER FRAKTION



Astrid Rothe-Beinlich

Fraktionsvorsitzende

Sprecherin für Bildung, Jugend und Sport, Asyl, Migration und Integration, Justiz sowie für Aufarbeitung und Religion

Telefon: 0361/37-72663

E-Mail: astrid@rothe-beinlich.de



Babette Pfefferlein

Stellvertretende Parlamentarische Geschäftsführerin

Sprecherin für Soziales, Arbeit, Gesundheit, Drogenpolitik, Familie, Senioren, Menschen mit Behinderungen, Infrastruktur, Ländlicher Raum, Landwirtschaft, Forsten, Tier- und Verbraucherschutz

Telefon: 0361/37-72681

E-Mail: babette.pfefferlein@gruene-thl.de



Madeleine Henfling

Parlamentarische Geschäftsführerin

Vizepräsidentin des Thüringer Landtags

Sprecherin für Innenpolitik und Kommunales, Demokratie und Antifaschismus, Europa und Kultur, Medien, Netzpolitik und Datenschutz

Telefon: 0361/37-72675

E-Mail: madeleine.henfling@gruene-thl.de



Laura Wahl

Sprecherin für Verkehr, Umwelt, Energie, Naturschutz, Frauen-, Gleichstellungs- und Queerpolitik sowie den Verfassungsausschuss

Telefon: 0361/37-72672

E-Mail: laura.wahl@gruene-thl.de



Olaf Müller

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Sprecher für Haushalt und Finanzen, Wirtschaft und Wissenschaft, Tourismus, Petitionen

Telefon: 0361/37-72674

E-Mail: olaf.mueller@gruene-thl.de

Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden. Wir nutzen Ihre gespeicherten Kontaktdaten ausschließlich für die Zusendung von Informationen über unsere parlamentarische Arbeit. Nachfragen oder Widersprüche an: datschutz@gruene-thl.de



Besucht uns auch auf Social Media!

www.facebook.com/gruenethl
www.twitter.com/gruenethl

www.instagram.com/gruenethl
www.youtube.com/gruenethl

DIE MITARBEITER*INNEN DER FRAKTION

Geschäftsstelle



Dr. Anna-Lisa Neuenfeld

Fraktionsgeschäftsführerin und Referentin für Grundsatzfragen, Aufarbeitung und Religion

Telefon: 0361/37-72669

E-Mail: anna-lisa.neuenfeld@gruene-thl.de



Ines Birkmann

Referentin der Fraktion

Telefon: 0361/37-72670

E-Mail: ines.birkmann@gruene-thl.de



Beate Blumenstein

Referentin des Fraktionsvorstands und für Petitionen

Telefon: 0361/37-72660

E-Mail: buerofravasi@gruene-thl.de



Beatrice Sauerbrey

Referentin der Parlamentarischen Geschäftsführung, der Vizepräsidentin des Thüringer Landtags, Referentin für Europapolitik

Telefon: 0361/37-72676

E-Mail: beatrice.sauerbrey@gruene-thl.de

Pressestelle



Anika Schidda

Pressesprecherin

Telefon: 0361/37-72666

E-Mail: anika.schidda@gruene-thl.de



Christian Herrmann

Stv. Pressesprecher, Referent für Presse-/Öffentlichkeitsarbeit

Telefon: 0361/37-72690

E-Mail: christian.herrmann@gruene-thl.de



Anne Marie Zang

Referentin für Social Media und Onlinekommunikation

Telefon: 0361/37-72656

E-Mail: anne-marie.zang@gruene-thl.de



Marcus Neumann

Referent für Veranstaltungsmanagement

Telefon: 0361/37-72654

E-Mail: marcus.neumann@gruene-thl.de

PARLAMENTARISCHE BERATUNG



Tabea Brenner

*Fraktionsjustiziarin,
Referentin für Justiz-, Asyl- und Migrationspolitik*

Telefon: tabea.brenner@gruene-thl.de
E-Mail: 0361/37-72691



Tobias Lange

Referent für Innen- und Kommunalpolitik

Telefon: 0361/37-72680
E-Mail: tobias.lange@gruene-thl.de



Dr. Edoardo D'Alfonso Masarié

Referent für den Verfassungsausschuss

Telefon: 0361/37-72667
E-Mail: edoardo.dalfonsomasarie@gruene-thl.de



Andreas Leps

*Referent für den Untersuchungsausschuss 7/2
„Treuhand in Thüringen“*

Telefon: 0361/37-72692
E-Mail: andreas.leps@gruene-thl.de



Angelina Ehlert

*Referentin für den Untersuchungsausschuss 7/1
„Mafia“*

Telefon: 0361/37-72661
E-Mail: angelina.ehlert@gruene-thl.de



Ralf Martin

*Referent für Energie, Klima, Umwelt, Naturschutz
und Sport*

Telefon: 0361/37-72679
E-Mail: ralf.martin@gruene-thl.de



Christian Foß

*Referent für Kultur, Medien, Wissenschaft,
Digitale Gesellschaft und Datenschutz*

Telefon: 0361/37-72689
E-Mail: christian.foss@gruene-thl.de



Wiebke Mros

Referentin für Mobilität

Telefon: 0361/37-72678
E-Mail: wiebke.mros@gruene-thl.de



Tino Gaßmann

Referent für Bildung, Kinder und Jugend

Telefon: 0361/37-72683
E-Mail: tino.gassmann@gruene-thl.de



Antje Niebur

*Referentin für Finanzen, Haushalt,
Wirtschaft und Tourismus*

Telefon: 0361/37-72673
E-Mail: antje.niebur@gruene-thl.de



Diana Hennig

*Referentin für den Untersuchungsausschuss 7/3
„Politische Gewalt in Thüringen“*

Telefon: 0176 47189371
E-Mail: diana.hennig@gruene-thl.de



Jasper Robeck

*Referent für den Untersuchungsausschuss 7/3
„Politische Gewalt in Thüringen“*

Telefon: 0361/37-72671
E-Mail: jasper.robeck@gruene-thl.de



Dr. Björn Sode

*Referent für Bau, Landesplanung, Wohnen,
Landwirtschaft, Forst und Gentechnik*

Telefon: 0361/37-72661
E-Mail: bjoern.sode@gruene-thl.de



Gabriele Sondermann

*Referentin für Soziales, Arbeit, Familie, Gesundheit,
Verbraucherschutz und Gleichstellung*

Telefon: 0361/37-72693
gabriele.sondermann@gruene-thl.de

Impressum hinterGRÜNde Ausgabe 03/2022

Fraktionszeitung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landtagsfraktion Thüringen

Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt

Telefon: 0361/37-72670 | E-Mail: info@gruene-thl.de

Vi.S.d.P.: Anika Schidda

Redaktionsschluss: November 2022

Layout, Satz: WA Kleine Arche GmbH, Erfurt

Fotos: Titel – Shutterstock; S. 3 – Pixabay; S. 4 – Shutterstock;
S. 5 – Fraktion; S. 6 – Shutterstock; S. 7 – Bundesnetzagentur;
S. 8 – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Thüringer Landtag;
S. 9 – Shutterstock; S. 10 – Fraktion;
Fotos der Abgeordneten und Mitarbeiter*innen: Paul-Philipp Braun